

**ÜBERSICHT****AUSSENPOLITIK****SOWJETUNION UND OSTEUROPA****(1) Erneute chinesisch-sowjetische Grenzverhandlungen?**

Anlässlich des 64. Jahrestags der Oktoberrevolution übersandte der Ständige Ausschuss des NVK sowie der Staatsrat am 6. November an das Präsidium des Obersten Sowjets und den Ministerrat der UdSSR ein Telegramm, in dem Glückwünsche ausgesprochen, auf die "traditionelle Freundschaft zwischen beiden Völkern" hingewiesen und die Hoffnung auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der Fünf Koexistenzprinzipien zum Ausdruck gebracht wurden. Dieses Telegramm wurde am nächsten Tag von der "Prawda" auf der Titelseite abgedruckt.

Diese Erklärung darf nicht überbewertet werden. Sie entsprach einmal dem seit Jahren geübten höflichen Gratulationston, der von chinesischer Seite gerade bei Anlässen wie dem Jubiläum zur Oktoberrevolution stets beachtet wird, und sie war ferner offensichtlich als Reaktion auf ein Angebot Moskaus vom 20. Oktober 1981 gedacht, in dem die Wiederaufnahme der Gespräche über die umstrittene chinesisch-sowjetische Grenze vorgeschlagen worden war.

Die Chinesen verkehren mit den Sowjets auf vier Ebenen, nämlich im Rahmen der jährlich zweimal stattfindenden Grenzschaftskommission, ferner bei den Grenzverhandlungen, drittens bei den Normalisierungsgesprächen, die beide 1979 (Afghanistan!) abgebrochen wurden, und schließlich im Rahmen des allgemeinen diplomatischen Austausches sowie der Handelsgespräche. Moskau hatte mit seinem Oktober-Vorschlag nur die Grenzverhandlungen wiederankurbeln wollen, Beijing sprach im Gegenzug über "Normalisierung" - offensichtlich ein gewollter Dissens.

Die Grenzgespräche waren 1964 begonnen worden, waren kurze Zeit später wieder "eingeschlafen", um sodann - im Anschluß an die blutigen Grenzwissenschaftenfälle am Ussuri -wiederaufgenommen zu werden, nachdem der damalige Ministerpräsident Kossygin kurzfristig in Beijing vorgeschrieben hatte. 1976 hatten sich die Gespräche erneut totgelaufen. Im April 1978 waren sie wiederaufgenommen worden, um dann schon 1979 wieder zum Stillstand zu kommen.

China hat seine Vorbedingungen für neue Grenzverhandlungen schon vor Jahren auf den Tisch gelegt und befruchtete sich hierbei auf eine Vereinbarung zwischen den beiden Ministerpräsidenten von 1969. Vorbedingungen sind demnach - aus chinesischer Sicht - die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze, die Vermeidung

bewaffneter Konflikte und der Rückzug der Streitkräfte beider Seiten aus den "umstrittenen Gebieten", d.h. aus jenen Arealen, die bei den Grenzverhandlungen i.J. 1964 aufgrund wechselseitig unterbreiteter Landkarten als umstritten identifiziert wurden.

Für die Sowjetunion jedoch gibt es keine "umstrittenen Gebiete", weshalb ein "beiderseitiger" Truppenrückzug de facto auf einen einseitigen Rückzug der Sowjetstreitkräfte hinausläuft (ausführlich hierzu Oskar Weggel, "Die sino-sowjetische Grenze (Ein alter Streit wird neu geführt; Versuch einer systematischen Darstellung)", C.a., September 1981, S.582-590 (585)).

An diesem grundlegenden Widerspruch hat sich bis heute nichts geändert. Dies mag auch der Grund gewesen sein, warum China keinen Anlaß sieht, sich auf Grenzverhandlungen einzulassen, und statt dessen auf die "Normalisierungs"-Gespräche zu verweisen, für die allerdings gegenwärtig auch nicht gerade das günstigste Klima gegeben ist - man denke an Afghanistan, Vietnam, Kambodscha, die neu auflebenden Grenzstreitigkeiten im nordöstlichen Pamir-Bereich, an die gegenseitigen Vorwürfe von "Spionagetätigkeit", an den Aufruf Beijings, die Friedensbewegungen der westlichen Welt sollten gegen Moskau protestieren, und überhaupt an die "antihemonistischen" Befürchtungen Beijings.

-we-

**(2) China und Albanien: Die Entfremdung bleibt**

Während die Beziehungen Chinas zu Jugoslawien immer enger werden (jugoslawische Politiker drücken sich in China die Klinke in die Hand, die chinesische VBA feiert den 40. Jahrestag der Gründung der jugoslawischen Volksarmee, XNA, 19.12.81, und China versucht das jugoslawische Selbstverwaltungsmodell in modifizierter Form nachzuahmen), rückt Albanien von Jahr zu Jahr weiter von dem einstigen Partner China ab.

Der Konflikt war offen i.J. 1977 ausgebrochen, vor allem im Zeichen des Tito-Besuchs in China (im einzelnen vgl. dazu "Albanien und China: Von den Fliederwochen zum grauen Alltag", C.a., Februar 1977, S.30 ff., und "Albanien und China. Das Ende einer seltsamen Verbindung?", C.a., August 1977, S.480 ff.).

Die "große Enttäuschung mit China" äußerte sich neuerdings bei zwei Anlässen: Beim Kongreß der Albanischen Arbeiterpartei vom 1.-7. November 1981 polemisierte Parteichef Enver Hodscha heftig gegen "Imperialismus, Sozialimperialismus und alle modernen Revisionisten". Guangming Ribao (14.11.81) gibt den Inhalt dieser Rede in Auszügen wieder und berichtet auch, daß die USA, die Sowjetunion und China einträchtig nebeneinander als "Imperialisten" bezeichnet worden seien, die die Isolierung Albaniens betrieben. Daneben sei China noch als "sog. sozialistisches" Land tituliert worden, während Albanien sich selbst als einen Repräsentanten des "echten Sozialismus" bezeichne.

Immerhin kann China befriedigt zur Kenntnis nehmen, daß sich Albanien in der Zwischenzeit auch keineswegs der Sowjetunion zugewandt hat. Die Führung in Tirana wendet sich vielmehr mit heftigen Propagandatiraden gegen die sowjetische Besatzungspolitik in Afghanistan - ein weiterer Pluspunkt, der die chinesische Führung wieder mit Albanien versöhnt.

Das zweite Ereignis war der Selbstmord Mehmet Shehus, der als Exponent des Bruchs mit Albanien und der Sowjetunion und der Hinwendung zu China gegolten hatte. Shehu war 25 Jahre lang albanischer Ministerpräsident und einer der wenigen Staatsmänner, die der VR China auch während der Kulturrevolution Besuche abstatteten. Als China seine Annäherung an Jugoslawien begann - der sowjetische Einmarsch in Prag hatte hierfür die Ausgangsbedingungen gelegt - geriet Albanien mit seiner von Shehu inspirierten Politik "zwischen die Stühle". Zumindest unter außenpolitischen Gesichtspunkten wurde Shehu zu einem Opfer des neuen chinesischen Kurses.

-we-

**(3) Zum Kriegsrecht in Polen. Chinas Sympathie für die "Reformer" um Jaruzelski**

Am 13. Dezember 1981 rief der polnische Ministerpräsident Jaruzelski den Ausnahmezustand in Polen aus und gab bekannt, daß die Staatsgewalt ab sofort von einem "Militärat der Nationalen Rettung" übernommen werde. Wer erwartet hatte, daß die chinesische Presse nun noch einen "weiteren Gang zulegen" und gegen die Sowjet-einmischung protestieren würde, sah sich getäuscht. Nachdem vorher monatelang von "größten Einmischungen der Sowjetunion in polnische Angelegenheiten" die Rede gewesen war (z.B. XNA, 21.9.81, angesichts einer Erklärung des ZK der KPdSU über die Lage in Polen), beschränkten sich die Kommentare nunmehr auf schlichte Wiedergabe der Vorgänge, wobei die Sympathie mit den vereinzelt Streikaktionen der polnischen Arbeiter gegen das Militärregime recht gedämpft vorgetragen (z.B. XNA, 21.12.81) und auf das "Blutvergießen unter dem Kriegsrecht" hingewiesen worden war (XNA, 19.12.81). Gleichzeitig gab die Kommentierung jedoch auch die Beschlüsse des Militärrats zur "umfassenden Wirtschaftsreform" wieder (XNA, 19.12.81). Kommentarlos wurde auch die z.T. heftige Reaktion der westlichen Presse nachgedruckt (z.B. XNA, 16.12.81) sowie die Erklärung Reagans, daß jeder sowjetischen Intervention in Polen ein Riegel vorgeschoben werden müsse (XNA, 19.12.81). Anerkennend wurde ferner betont, daß die polnische Regierung sich bemühe, dem Nahrungsmittelmangel abzuweichen (XNA, 17.12.81).

Aus dieser ganzen abwartenden Haltung wurde das Bestreben deutlich, die Ereignisse zunächst einmal in Ruhe abzuwarten. Bezeichnenderweise heißt es denn auch in einem Kommentar (BRu 1981, Nr.52, S.3), daß "das chinesische Volk die Entwicklung der Lage in Polen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Wir waren und sind der

Ansicht, daß die polnischen Angelegenheiten vom polnischen Volk selbst gelöst werden müssen. Wir sind entschieden gegen jede äußere Einmischung in die Angelegenheiten Polens, woher sie auch kommen mag."

Offensichtlich hatte sich die chinesische Führung die u.a. von der deutschen Bundesregierung geäußerte Ansicht zu eigen gemacht, daß für die Verhängung des Kriegsrechts in erster Linie nicht die Sowjetunion, sondern die Ordnungskräfte im eigenen Hause verantwortlich gewesen seien. Vielleicht war die Beijinger Regierung aber auch von einer gewissen Ansteckungsangst gegenüber dem polnischen Bazillus beherrscht.

So war es kein Wunder, daß Beijing immer wieder auf reformerische Kräfte in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hindeutete. Schon den IX. Parteitag der PVAP, der noch unter Leitung Kania stand, hatte die chinesische Presse mit Sympathie verfolgt. Der Parteitag habe beschlossen, "an der Reformlinie festzuhalten". Zu den Reformern gehörten u.a. Kania und Jaruzelski. Beide seien schon am Vorabend des Parteitags von der Sowjetunion kritisiert worden (BRu 1981, Nr.31, S.9). Beijing glaubte damals in der PVAP zwei Fraktionen ausmachen zu können, nämlich die Fraktion der Reformen mit Kania und Jaruzelski, die von der Sowjetunion als "Revisionisten" und "Opportunisten" beschimpft, und die reformfeindlichen Kräfte, die von der Sowjetunion als "gesunde Kräfte" bezeichnet würden.

Jaruzelski gehörte somit schon damals zu den Lieblingsfiguren der Chinesen auf der polnischen Bühne. Diese Vorschußlorbeeren wollte man ihm auch nach Verhängung des Kriegsrechts offensichtlich nicht mehr entziehen und suchte daher nach allen Reformansätzen, die vielleicht noch übriggeblieben sind. Auch fragt China, inwieweit es der Militärregierung gelingen wird, die Sowjetunion daran zu hindern, "ihre Nase in die polnischen Angelegenheiten zu stecken" (so ein Ausdruck in XNA, 28.6.81).

Nachträglich erscheint es jetzt ziemlich klar, daß China bei seinen bisherigen Sympathieerklärungen für Polen in erster Linie nicht die Gewerkschaft "Solidarität" gemeint hatte, sondern die reformerischen Kräfte in der PVAP unter Kania und Jaruzelski. Mit diesen Kräften auch versuchte man positive Beziehungen zu unterhalten und schloß z.B. noch im November 1981 ein Protokoll über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit für 1982 ab (XNA, 28.11.81). Am 11. August 1981 fand der 30. Jahrestag der Gründung der "Chinesisch-Polnischen Schiffahrtsgesellschaft" statt (XNA in SWB, 18.9.81). Mit Besorgnis betrachtete man die Verschlechterung der polnischen Außenhandelsbilanz (XNA, 9.11.81).

-we-

## AFRIKA UND NORDOST

### (4) Außenminister Huang Hua besucht fünf westafrikanische Länder

Von Mitte November bis Anfang De-

zember 1981 stattete der chinesische Vizeministerpräsident und Außenminister Huang Hua den Ländern Nigeria, Guinea, Mali, Senegal und Ghana einen Besuch ab, bei dem außer den üblichen "Übereinstimmungen" (z.B. in der Bewertung Südafrikas, in der Unterstützung für Namibia und die PLO, in der gemeinsamen Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung) wenig herauskam, sieht man einmal von drei Abkommen (ein Handels- und ein Kulturabkommen mit Nigeria sowie ein Kulturabkommen mit Ghana) und von dem chinesischen Versprechen, dafür einzutreten, daß der nächste UNO-Generalsekretär ein Vertreter der Dritten Welt sein werde, ab.

Manchmal hat man bei der Lektüre sino-afrikanischer Kommuniqués den Eindruck, daß es nur noch drei "Dauerbrenner" gibt, die für gewisse Gemeinsamkeiten sorgen, nämlich die Südafrika-, die Palästinenser- und die Nord-Süd-Frage (vgl. u.a. XNA, 20. und 21.11. und 1.12.81).

Dabei waren es Anfang der sechziger Jahre gerade mehrere west- und ostafrikanische Länder, für die sich China ganz besonders interessierte. Die chinesische Afrika-Politik hatte - im Anschluß an die Konferenz von Bandung - zunächst in Ägypten ihren ersten Halt gefunden und "wanderte" dann in südwestlicher Richtung über Tunis und Algerien nach Guinea, Mali und Ghana (Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1959: Guinea, 1960: Ghana, 1961: Mali), in südöstlicher Richtung nach Somalia, Tansania, Uganda und Kenia (Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen 1959 und 1961). Bereits 1965 bestanden diplomatische Beziehungen mit nicht weniger als 19 Staaten, die dann allerdings durch die Einwirkungen der Kulturrevolution auf 13 reduziert wurden. Beijing hatte damit nicht nur eine frühe Phalanx von Helfern in seiner Auseinandersetzung gegen Taiwan, sondern glaubte, wie vor allem während der beiden Zhou-Enlai-Reisen Anfang der sechziger Jahre durch Afrika deutlich wurde, auch auf bestem revolutionärem Wege in verschiedenen Ländern des schwarzen Kontinents zu sein. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wandte sich das chinesische Interesse vor allem den Ländern Ostafrikas zu - eine Akzentsetzung, die durch den Bau der Tansam-Eisenbahnlinie bekräftigt wurde. Später sah sich Beijing dann von den Befreiungsbewegungen von Mozambique, Angola und Guinea-Bissau in Anspruch genommen, zog dort freilich am Ende gegenüber der Sowjetunion und ihren kubanischen Helfern überall den kürzeren; nur in Zimbabwe, dem früheren Rhodesien, hatte China eine glückliche Hand.

Nach dem Beginn des Aufbaukurses und der großen Wirtschaftsreformen (Dezember 1978 ff.) wandte sich das chinesische Interesse von Afrika ab und konzentrierte sich zunehmend auf die Länder Westeuropas, auf Japan und die USA. Afrikanische Staatsmänner gaben sich zwar nach wie vor die Klinke in die Hand, doch hatten sich hochkarätige chinesische Delegationen in Afrika rar gemacht. Wie sehr sich die Zeiten hier geändert haben, zeigt vor allem ein Vergleich mit den zwei

Afrika-Missionen Zhou Enlais Anfang der sechziger Jahre.

Offensichtlich fühlt sich die Beijinger Führung manchmal von schlechtem Gewissen geplagt und leistet daher verbale Lippendienste für die afrikanische Einheit, für den Kampf gegen den "Rassismus", für die Entwicklung regionaler Allianzen, wie z.B. den "Senegambischen Bund" und für ähnliche Themen, die den Afrikanern am Herzen liegen. Auch mit Hilfestellungen kleineren Ausmaßes, z.B. dem Bau von Wasserreservoirs auf den Komoren (XNA, 1.12.81) oder bei medizinischer Unterstützung (z.B. an Senegal, XNA, 5.11.81; oder an Mali, XNA, 2.11.81) zeigt China sich großzügig. Auch der Fünf-Länder-Besuch Huang Huas in Westafrika diente offensichtlich einem solchen Nachholbedürfnis - ebenso wie beispielsweise ein chinesisches "Seminar über afrikanische Angelegenheiten", das - als erstes seiner Art - im November 1981 in Nanjing von der Chinesisch-Afrikanischen Gesellschaft abgehalten wurde - einer Gesellschaft, die ihrerseits im Juli 1979 gegründet worden war (XNA in SWB, 20.11.81).

Bezeichnend ist auch, daß Beijing sich vor allem für solche Länder interessiert, mit denen sich wirtschaftlich kooperieren läßt. Nicht zufällig wurde deshalb bei der Westafrika-Reise Huang Huas nur mit dem ölreichen Staat Nigeria ein Handelsabkommen unterzeichnet.

Im übrigen aber beginnen die afrikanischen Angelegenheiten den Chinesen auch manchmal Sorgen zu bereiten. Man ist mit einem Male gezwungen, zu innerafrikanischen Problemen in dem einen oder anderen Sinne Stellung zu nehmen, so z.B. in der Tschad- und in der Westsahara-Frage. Beijing macht sich seine Entscheidungen hier insofern noch immer etwas zu einfach, als es ausschließlich das antisowjetische Kriterium maßgebend sein läßt, so z.B. in der Westsahara-Frage. Bei seiner Zusammenkunft am 25. Mai 1981 in Beijing versicherte Ministerpräsident Zhao Ziyang dem Vertreter des marokkanischen Königs, daß China die Ansicht verfechte, daß die beteiligten Länder die Westsahara-Frage unter sich ausmachen sollten und daß sie sich vor allem vor einem sowjetischen Eingriff zu hüten hätten. In der Tschad-Frage engagierte sich China für den Sudan und gegen Libyen, das nach chinesischer Ansicht mit sowjetischer Unterstützung einen Großangriff auf den Tschad plante (XNA, 30.10.81). Ebenso entscheidet sich Beijing für Somalia und gegen Äthiopien, nachdem es vorher, als Somalia noch mit Moskau zusammenarbeitete, eine umgekehrte Haltung verfolgt hatte. Eines Tages freilich wird China sich auch nicht mehr hinter dem antihegemonistischen Argument verstecken können, sondern die Angelegenheiten der einzelnen afrikanischen Länder aus der Sache selbst heraus beurteilen müssen.

Probleme auch mit den afrikanischen Studenten in China, die so viele Jahre das Leben auf den dortigen Campi mitbestimmt hatten. Der letzte Student aus Nigeria verließ China i.J. 1980. Seit 1979 gibt es keine Studenten aus Sierra Leone mehr, und auch

der Kongo hat alle seine Jugendlichen abgezogen, nachdem 1980 ein kongolesischer Student von einem Syrier getötet worden war, ohne daß die chinesische Regierung Maßnahmen ergriffen hätte, die den kongolesischen Vorstellungen entsprachen. Ein schwerwiegender Zwischenfall waren die Schlägereien am Shanghai Textilinstitut i.J. 1979, in deren Gefolge 43 Afrikaner ärztlich behandelt werden mußten. Am damaligen Fall war schlagartig deutlich geworden, wie sich die Spannungen zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten seit Jahren aufgeladen hatten. Die chinesischen Studenten kamen mit der afrikanischen Spontaneität nicht zurecht, mißbilligten das ungenierte Verhalten vieler Afrikaner (lautes Abspielen von Tonbändern während der Ruhezeiten etc.), vor allem aber die Annäherung afrikanischer Studenten an chinesische Komilitoninnen. Schon heute wird den Chinesen "Rassismus" vorgeworfen (vgl. z.B. die Aussage eines nigerianischen Diplomaten in Asiaweek, 20.3.81, S.20). Aus chinesischer Sicht gebe es eine "Hierarchie der Rassen", beginnend mit Weißen und Japanern, gefolgt von Chinesen und dann an letzter Stelle Personen aus der Dritten Welt (ebenda). Viele Afrikaner wollten einfach nicht begreifen, warum Japaner, Europäer oder Amerikaner eine wesentlich nachsichtigeren Behandlung erfahren als Studenten aus Afrika.

Was umgekehrt die Afrikaner anbelangt, so fühlen sie sich isoliert und von der kühlen Höflichkeit und Distanz der Chinesen abgestoßen. Sie haben auch den Eindruck, daß sie, einmal in ihr Land zurückgekehrt, nicht mit jenen Studenten mithalten können, die in westlichen Ländern ihre Ausbildung durchlaufen haben: Chinesische Vorlesungen finden ausschließlich in chinesischer Sprache statt und erfolgen außerdem in den technisch anspruchsvolleren Wissenschaften auf einem Niveau, das vielen ausländischen Studenten als nicht adäquat erscheint (ebenda, S.20). Gerade diese "Rückkehrer" aber könnten, so muß man schon heute in China befürchten, eines Tages das China-Bild ihres Landes negativ beeinflussen.

-we-

##### (5) China umwirbt Saudi-Arabien, Oman und die "arabischen Gemäßigten"

Obwohl Saudi-Arabien immer noch diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhält und mit der Inselrepublik auch zahlreiche gemeinsame Projekte durchzieht, ist Beijing neuerdings dazu übergegangen, fast jeden politischen Schachzug Saudi-Arabiens wohlwollend zu kommentieren. Die "diplomatische Offensive" gegenüber Riad wurde u.a. auch deutlich bei der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancun, bei der es sich Zhao Ziyang nicht nehmen ließ, mit Kronprinz Fahd ein längeres herzliches Gespräch zu führen. China bleibt des weiteren auch über die Schaltstation Rumänien mit Saudi-Arabien in laufendem Kontakt. Von der chinesischen Presse wird als wichtigstes neues Merkmal der politischen Szenerie in Mittelost die Zunahme der "arabischen Gemäßigten" hervorgehoben (XNA,

21.12.81). Der Kommentar erläutert zwar nicht, welchen Staat Beijing für "gemäßigt" hält, doch gehören dazu auf alle Fälle Saudi-Arabien und Oman sowie höchstwahrscheinlich auch Jordanien und Marokko. Offensichtlich zählen die Chinesen auch Ägypten unter den Nachfolgern Sadats zu diesem Kreise.

Es scheint, daß nach der Ermordung Sadats die Hoffnungen der chinesischen Führung auf ein "antihegemonistisches" Schwergewicht in Mittelost nach Saudi-Arabien "hinübergewandert" sind.

Vier Punkte sind es vor allem, die Beijing höchst lobenswert findet:

- Da ist einmal die Rolle Saudi-Arabiens bei den islamischen Gipfelkonferenzen, bei denen stets auch der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt wird.

- Positiv bewertet wird ferner der Zusammenschluß der Golfstaaten zur "Kommission für Zusammenarbeit im Golfgebiet", der im Mai 1981 zustandekam und dem Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate angehören. Mit der Unterzeichnung des Statuts der Kommission im Mai 1981 ist erstmals im Golfgebiet eine Organisation für regionale Zusammenarbeit entstanden, die nach chinesischer Auffassung angeblich den Wunsch der Golfländer widerspiegelt, "die Rivalität zwischen den Supermächten im Nahen Osten und im Golfgebiet zu bekämpfen... und die eigene staatliche Unabhängigkeit zu wahren... sowie die regionale Sicherheit und Stabilität zu verwirklichen" (XNA, 28.5.81). Dieser Zusammenschluß sei notwendig geworden, weil das ölfreiche Golfgebiet in den letzten Jahren zunehmend zum "Sturmzentrum" für die Supermächte, vor allem die Sowjetunion, geworden sei. Moskau habe 100.000 Mann in Afghanistan stationiert und lasse an den Grenzen zum Iran über zwanzig Divisionen aufmarschieren, bedrohe die lebenswichtigen Öltransportrouten und suche die arabischen Staaten gegeneinander aufzuwiegeln (XNA, 26.5.81). Der neue Zusammenschluß werde die Golfländer stark machen. Er werde die Länder auch davon abhalten, auf "scheinheilige" sowjetische Vorschläge zur "Lösung" des Mittelost-Problems (Zusammenkunft einer internationalen Konferenz über die Mittelost-Frage, "Einladungsdiplo-matie" nach Moskau etc.) hereinzufallen (XNA, 15.5.81). Moskau wolle bei alledem nur über seine "legitimen Interessen" im Golfgebiet sprechen, nicht jedoch über die Interessen des afghanischen Volkes, dessen Probleme als "interne Angelegenheiten" hingestellt würden.

- Besonders lobende Worte findet Beijing für den 7-Punkte-Vorschlag des saudiarabischen Kronprinzen Fahd vom 8. August 1981 (Näheres dazu C.a., August 1981, Ü 1), dessen wichtigste Elemente die Gründung eines palästinenser-Staates, die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Einleitung von Verhandlungen zwischen Israel und seinen Gegnern sind.

Umso enttäuschter war Beijing, als

dieser Plan bei der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Fez/Marokko Anfang Dezember 1981 abgelehnt wurde (XNA, 7.12.81). Die chinesische Regierung sieht die Diskussion über den 7-Punkte-Plan jedoch noch lange nicht als erledigt an. Die "Lebendigkeit des Vorschlags" sei "keineswegs geschwächt" (XNA, 21.12.81). Saudi-Arabien habe mit seiner weitblickenden Friedenspolitik, die alle Beteiligten am Nahost-Konflikt an einen Verhandlungstisch bringen soll, vor allem der Tatsache Rechnung getragen, daß der Hauptfeind der arabischen Völker sich inzwischen am Horn von Afrika, in der Region des Roten Meeres und in der Region des Persischen Golfes in Afghanistan beängstigende Ausgangspositionen geschaffen habe (RMRB, 7.10.81). Die anderen fünf Golfstaaten hätten diese Absichten voll gewürdigt und deshalb den 7-Punkte-Plan angenommen (XNA, 13.11.81). Der saudiarabische Plan habe den Kern der Nahost-Frage im Auge. Der Grund für die Konflikte in der Region bestehen nämlich darin, "daß die Supermächte miteinander um Erdölressourcen und strategisch bedeutende Positionen rivalisieren und Israel eine Expansionspolitik betreibt", die von den USA mitunterstützt werde (BRU 1981, Nr.46, S.3). Sogar die PLO unter Yassir Arafat, aber auch die europäischen Staaten hätten dem Plan zugestimmt (XNA, 4.11.81).

In diesem Zusammenhang findet Beijing kräftige Worte des Tadels an die Adresse der USA, die sich einfach nicht zu einer vernünftigen Mittelost-Politik durchringen könnten: Einerseits wollten sie zwar zwischen den arabischen Ländern und Israel vermitteln, andererseits aber könnten sie sich nicht von ihrer proisraelischen Haltung lösen. Einerseits wünschten sie einen Erfolg der Mittelost-Friedensgespräche, andererseits aber könnten sie sich nicht dazu entschließen, endlich die Palästina-Frage positiv zu lösen. Einerseits wollten sie ihre militärische Präsenz in der Region verstärken, doch andererseits betrieben sie eine Politik, die es den Ländern der Region nicht gestatte, diesem Wunsch stattzugeben (XNA, 20.3.81). So hätten sie sich schließlich dazu durchgerungen, ein Strategieabkommen ausgerechnet mit Israel zu treffen. Wann endlich sei Washington bereit, eine "realistische" Haltung einzunehmen? (XNA, 7.6.81 und 28.10.81). Moskau könne sich nichts besseres wünschen als eine fortdauernde einseitige Stellungnahme Washingtons für Israel (XNA, 24.5.81). Der wachsende sowjetische Einfluß in Mittelost resultiere aus der israelischen Annexionspolitik und der amerikanischen Unterstützung für Israel. So gehe die Hauptgefahr direkt von Israel, indirekt aber von der Sowjetunion und - wegen der amerikanischen Unterstützung Israels - auch von den USA aus. Da sich die Amerikaner gegenüber dem arabischen 7-Punkte-Plan so schwankend verhalten hätten, sei der Sowjetunion die Chance geboten worden, sich scheinheilig hinter den Plan Riads zu stellen, m.a.W. also die Schwäche der amerikanischen Mittelost-Politik auszunutzen (BRU 1981, Nr.46, S.12 f.). Da nütze auch die Hilfe an Saudi-Arabien und die Lieferung des AWACS-Systems durch die USA wenig (XNA,

29.10.81). Vielmehr sei ein grund-sätzliches Umdenken in Washington überfällig. Vielleicht komme Washing-ton aber nun endlich einmal zur Be-sinnung, nachdem Israel sich erneut vier expansionistische Akte geleistet habe, nämlich den Luftangriff auf irakische Nukleareinrichtungen, die Bombardierung von Beirut, das Ein-dringen in den saudiarabischen Luft-raum und die Annexion der syrischen Golanhöhen im Dezember 1981 (XNA, 21.10.81).

- Eine weitere positive Entwicklung aus chinesischer Sicht ist die wach-sende Zusammenarbeit Saudi-Arabiens und der Golfstaaten mit den Ländern Westeuropas (RMRB, 7.10.81).

Auch das Sultanat von Oman sieht sich von den Chinesen umworben, nachdem die Volksrepublik noch Mitte der sechziger Jahre die gegen das Sultanat gerichtete PFLOAG (People's Front for the Liberation of the Occu-pied Arabian Gulf) unterstützt hatte. Seit im Mai 1978 zwischen China und Oman diplomatische Beziehungen auf-gekommen wurden, gibt es zahlreiche Abkommen und Delegationsbewegungen zwischen beiden Ländern. China ver-merkt wohlwollend, daß Oman der "sowjetischen Herausforderung mutig entgegnet" (XNA, 2.9.81) und daß es zu den eifrigsten Mitbetreibern der "Kommission für Zusammenarbeit im Golfgebiet" gehört. Am 15. August wurde ein beiderseitiges Kulturabkom-men unterzeichnet (17.8.81). Im No-vember fand eine chinesische Kunst-ausstellung in Muscat statt (XNA, 16.11.81).

Jedes Land in Mittelost, das heute für ein Zusammenrücken der arabischen Völker gegen die "gemeinsame Gefahr" plädiert, kann sicher sein, den Bei-fall Chinas zu finden. Aus chinesi-scher Sicht splitterte die arabische Welt 1978 in zwei große Gruppierun-gen auf, nachdem Ägypten einerseits den Annäherungskurs mit Israel be-gonnen und andere arabische Staaten sich bei der Konferenz von Bagdad in einer "Ablehnungsfront" geeinigt hatten. Bei der Amman-Konferenz im November 1980 habe sich die arabi-sche Welt dann sogar in drei Gruppen verzweigt: Ägypten, "Moderierte" und "Standfeste" (XNA, 21.12.81). Diese Aufspaltung habe sich bei der Kon-ferenz von Fez u.a. in der Ablehnung des saudiarabischen 7-Punkte-Plans manifestiert. Doch die Einigungsidee bleibe lebendig.

-we-

## ASIEN

### (6) Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in Nordkorea

Vom 20. bis 24. Dezember stattete eine chinesische Partei- und Regierungsde-legation unter der Leitung Zhao Zi-yangs der DVR einen "Freundschafts-besuch" ab.

Erneut zeigte es sich, daß China sich bemüht, das chinesisch-koreanische Verhältnis von einer Entwicklung ab-zuhalten, die dem chinesisch-vietna-mesischen Beziehungsgefüge auch nur von ferne gleichen könnte. Es darf also nichts unterlassen werden, um

die nordkoreanische Führung in pro-chinesischem Sinne bei Laune zu hal-ten. Immer wieder sind es die fünf gleichen Themen, um die sich die chi-nesische Politik und Berichterstattung drehen, nämlich die Betonung der Ge-meinsamkeiten in Krieg und Frieden, die Unterstützung der nordkoreanischen Wiedervereinigungsvorstellun-gen, die negative Bewertung der US-Präsenz in Südkorea, die permanente Anschwärzung der Zustände in Süd-korea und schließlich die Daueraus-einandersetzen mit sowjetischen Vorwürfen einer chinesischen Zusam-menarbeit mit Südkorea (ausführlich dazu bereits C.a., Oktober 1981, Ü 7).

Die beim Besuch Zhao's wohl am meis-ten benutzte Formel lautete "Freund-schaft", ein Wort, das die Berichter-stattung über die Visite und die ver-schiedenen Erklärungen beider Seiten wie ein roter Faden durchzog. Es war vielleicht nicht nur typisch ostasiati-sches Ritual, das hier obwaltete, son-dern darüber hinaus vermutlich auch die auf beiden Seiten gehegte Sorge, daß die gemeinsamen Beziehungen nicht immer ungetrübt sind und daß deshalb zumindest ein verbales Exkul-pationsbedürfnis besteht. Immerhin kann es der Führung in Pyonyang ja nicht entgangen sein, daß die Han-delsbeziehungen zwischen China und Südkorea in den letzten zwei Jahren immer intensiver geworden sind (ebenda), und daß die chinesische Seite - ganz im Gegensatz zu ihren offiziellen Beteuerungen - durchaus an einer weiteren Stationierung ameri-kanischer Streitkräfte in Südkorea interessiert sein muß. Worte und Ta-ten decken sich also nicht immer.

Wie zu erwarten, vermieden es die Chinesen auch diesmal, den "Sowjet-hegemonismus" offen anzugreifen. Zhao Ziyang sprach in seiner Ban-kettrede lediglich vom notwendigen Widerstand gegen "Imperialismus, Kolonialismus und Beherrschung (!)" (XNA, 21.12.81). Im übrigen machten sich beide Seiten Komplimente über ihre politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, verwiesen auf vergangene Besuche, z.B. die Visiten Zhou Enlais (zuletzt 1970) (Peking Rundschau 1970, Nr.16, S.14 ff.), auf den gemeinsamen Freundschafts-vertrag von 1971, auf die Waffenbrü-dererschaft im Korea-Krieg u.dgl.

Und dann folgte wieder jenes Thema, in dem China den Nordkoreanern - wie kein anderes Land - seit Jahren Lippendienste leistet, nämlich die ko-reanische Wiedervereinigung.

Schon drei Wochen vor dem Besuch Zhao's hatte die Volkszeitung (RMRB, 18.11.81) aus Anlaß der 6. Wiederkehr des Beschlusses der 30.UNO-Vollver-sammlung über die Umwandlung des Waffenstillstandes in einen dauerhaften Frieden in Korea (18. November 1975) gedacht und darauf verwiesen, daß das "Haupthindernis für die koreanische Wiedervereinigung", nämlich die amerikanische Militärpräsenz in Süd-korea, immer noch nicht beseitigt worden sei, obwohl ein entsprechen-der UNO-Beschluß nunmehr schon sechs Jahre alt sei. Der neue Präsi-dent Reagan habe überdies Pläne seines Vorgängers fallenlassen, die amerikanischen Streitkräfte stufenwei-

se aus Südkorea abzuziehen und statt dessen beschlossen, US-Waffen und militärisches Know-how an Südkorea zu verkaufen. Die "Chun-Du-Hwan-Clique" in Südkorea habe unter dem Schutz der USA die Unterdrückung der Demokratie und ihre "Zwei-Korea-Politik" intensiviert (Südkorea wünscht, daß beide koreanischen Staaten gleichzeitig in die UNO ein-treten), um auf diese Weise die Wie-dervereinigung zu verhindern. Seit der Unterzeichnung des Waffenstill-standsabkommens in Korea seien drei Jahrzehnte ins Land gegangen. Die Beendigung der Spaltung Koreas dul-de keinen längeren Aufschub. Die USA müßten die auf der 30.UNO-Vollversammlung angenommene Reso-lution durchführen, d.h. all ihre "Aggressionstruppen" und Militäraus-rüstungen aus Südkorea abziehen, ihre Einmischung in die inneren An-gelegenheiten Koreas einstellen und günstige Bedingungen für die fried-liche Wiedervereinigung des Landes schaffen.

Ähnliche Erklärungen waren bereits bei dem Besuch einer koreanischen Parteidelegation Mitte November 1981 in Beijing ausgetauscht worden (XNA in SWB, 23.11.81).

Am 22. November war beim 34. Treffen der Direktoren der "Chinesisch-Ko-reanischen Yalu-Wasserkraft-Gesell-schaft" ein Protokoll unterzeichnet worden, das die erfolgreiche Zusam-menarbeit beider Staaten auf diesem Gebiet hervorhob (XNA, 23.11.81). Pyonyang hat inzwischen die Erlaub-nis gegeben, daß Flugzeuge, die zwis-chen Tokyo und Beijing verkehren, nordkoreanischen Luftraum passieren dürfen (XNA, 5.11.81).

Während China die nordkoreanische Wiedervereinigungsposition unter-stützt, ist es dem südkoreanischen Präsidenten bei einer zweiwöchigen Reise Anfang Juli 1981 durch die ASEAN-Länder gelungen, die Regie-rungen von Thailand, Malaysia, Sin-gapur, den Philippinen und Indone-sien für seine Pläne zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas zu gewin-nen. Auch die Forderung Seouls nach gleichzeitiger Aufnahme von Süd- und Nordkorea in die UNO war von den ASEAN-Regierungschefs als "Zwi-schenlösung" bis zur friedlichen Wie-dervereinigung des Landes begrüßt worden.

Seoul stellte sich - gleichsam im Ge-genzug - hinter die Kambodscha-Poli-tik der ASEAN-Staaten und verlangte einen sofortigen vietnamesischen Truppenabzug aus Kambodscha und die Entsendung einer UNO-Friedens-truppe. Während China und die ASEAN-Staaten in der Vietnam-Kambo-dscha-Frage an einem Strick ziehen, ziehen sie also in der Korea-Frage gegeneinander. In einem Kommentar (XNA, 30.10.81) wendet sich Xinhua ausdrücklich gegen den Plan eines unabhängigen Eintritts beider korea-nischer Teilstaaten in die UNO.

Die südkoreanische Politik wird außerdem noch unter drei Gesichts-punkten kritisiert, nämlich

- des harten Vorgehens der Regie-rung gegen demonstrierende südko-reanische Studenten an der Koryo-

Universität in Seoul (XNA, 31.10.81),

- der Verletzung nordkoreanischen Luftraums durch zwei F-5A-Kampfflugzeuge der "US-Südkoreanischen Streitkräfte" (XNA, 31.10.81)

- und der Abhaltung der 24. Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul. Dieser Beschluß verstoße gegen den "Geist der Olympischen Bewegung", weil Südkorea mit seiner Bewerbung um die Olympischen Spiele in Wirklichkeit ein politisches Ziel verfolgt habe, nämlich seine Selbstdarstellung als eigenständiger Staat, der dann logischerweise auch in der Lage sein müsse, selbständig in die UNO einzutreten (XNA, 4.12.81).

-we-

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (7) China zahlt nun doch die Beiträge für die UNO-Friedenstruppen

Nach Art.19 der UNO-Satzung verliert derjenige Staat sein Abstimmungsrecht in der UNO-Generalversammlung, dessen Beitragsrückstände genauso hoch oder höher sind als seine in den beiden zurückliegenden Jahren zu leistenden Beiträge.

China hat sich seit seinem UNO-Beitritt i.J. 1971 beharrlich geweigert, an der Abstimmung über die Erteilung oder die Verlängerung von Mandaten für UNO-Friedenstruppen teilzunehmen, geschweige sich daran finanziell zu beteiligen.

Seit 1973 wurden drei "UN Peacekeeping Forces" in den Mittleren Osten entsandt, nämlich die UN Interim Force in Lebanon (UNIFIL), die UN Disengagement Observation Force (UNDOF) auf den Golanhöhen und die 2nd UN Emergency Force im Sinai.

Beginnend mit dem 1. Januar 1982 wäre nun eigentlich, da die Voraussetzungen des Art.19 erfüllt sind, der Stimmverlust der VR China in der Vollversammlung wirksam geworden.

Auf Antrag Pakistans und mehrerer anderer China-Freunde beschloß die Generalversammlung jedoch mit 115 gegen 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen, daß die Folgen des Art.19 nicht eintreten sollen. Vielmehr möge der UNO-Generalsekretär die Schulden Chinas zwischen dem 25. Oktober 1971 und dem 31. Dezember 1981 zusammenrechnen und sie auf einem Sonderkonto festschreiben. China seinerseits möge sich verpflichten, die Summe umgehend zu begleichen.

Der chinesische Vertreter Ling Qing erklärte denn auch, daß China nunmehr "angesichts des grundlegenden Wandels in der internationalen Situation und der immer wichtiger werdenden friedenserhaltenden Rolle" der UNO-Friedenstruppen "bereit" sei, seine Rückstände zu begleichen und in Zukunft eine "flexiblere Haltung", und zwar auf einer "Von-Fall-zu-Fall-Basis", einzunehmen (XNA, 11.12.81).

Gegen den Beschluß hatten die So-

wjetunion, Vietnam und andere Ostblockländer gestimmt (XNA, 15.12.81).

-we-

### (8) Beijings wachsende Bedeutung als Konferenzort für die Diskussion weltumspannender Fragen

Der "Club of Rome" hat in den letzten Jahren mehrere Dokumente herausgebracht, die weltweit Aufmerksamkeit erregt haben. Vielleicht war es dieses römische Vorbild, das die Chinesen dazu angespornt hat, sich auf ihre traditionelle Rolle als "Reich der Mitte" erneut zu besinnen und künftig Beijing häufiger zum Tagungsort wichtiger internationaler Konferenzen zu machen.

So wurde beispielsweise von einer in Beijing abgehaltenen Konferenz asiatischer Parlamentarier am 30. Oktober 1981 die "Beijinger Deklaration über Bevölkerung und Entwicklung" herausgegeben, die die Staaten im asiatischen Raum dazu aufruft, bis zum Jahre 2000 das Bevölkerungswachstum auf eine Zuwachsrate von 1% pro Jahr zu drücken. Außerdem solle die UNO einen "Weltbevölkerungstag" festlegen. Die Deklaration unterstützt den Vorschlag der "Deklaration von Colombo" (1979), i.J. 1984 eine von der UNO einberufene Weltbevölkerungskonferenz abzuhalten, überprüft die in den zehn Jahren seit der Bukarester Konferenz gemachten Fortschritte und legt für weitere Maßnahmen die Richtung fest. Auch der UNO-Bevölkerungsfonds solle erhöht werden.

Mit 2,6 Milliarden Einwohnern lebten heute in Asien 60% der Weltbevölkerung. Gerade hier müsse dem Problem also besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

An der Konferenz hatten über 200 Parlamentarier, Gelehrte aus 19 Ländern und Vertreter internationaler Organisationen teilgenommen. Die verschiedenste Familienplanung wird bisher in Indonesien ("zwei Kinder pro Familie", in Malaysia ebenso) und in der VR China betrieben.

Die chinesische Seite versäumte nicht, ihre eigenen bisherigen Erfahrungen modellhaft herauszustellen: 1970 habe die natürliche Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung noch bei 25,95 pro Tausend gelegen, 1979 nurmehr bei 11,66. Damit sei die Schere zwischen Bevölkerung und Entwicklung weiter geschlossen worden. China arbeite darauf hin, daß seine Gesamtbevölkerung am Ende des 20. Jhdts. die Grenze von 1,2 Milliarden nicht überschreitet (XNA, 27.10.81).

Die Konferenz dauerte vom 26. bis 30. Oktober. China sah sie in der Tradition von vier Vorgängerkonferenzen, die in Bukarest (1974), Colombo/Sri Lanka (1979), Kuala Lumpur (1980) und Nairobi/Kenia (Juli 1981) abgehalten worden waren (XNA, 22.10.81).

Mitte November schloß sich China - offensichtlich im Gefolge der Konferenz - der in London beheimateten "International Planned Parenthood Federation" (IPPF) an (XNA, 17.11.81).

Eine weitere Konferenz war das dreitägige Seminar über den "Wandel der ländlichen Umgebung", an dem Architekten, Umweltplaner und Wissenschaftler aus Pakistan, Ägypten, den USA, Frankreich, Sudan, Türkei, Italien, Algerien und China teilnahmen (XNA, 22.10.81).

Ebenfalls im September wurde die zweite Asiatische Konferenz über Fernsteuerungsfragen abgehalten (XNA, 29.10. und 4.11.81).

Ergänzt wurde dieser Konferenzreigen durch ein siebentägiges internationales Seefahrtsseminar, das diesmal allerdings in Shanghai stattfand (XNA, 17.12.81).

-we-

## INNENPOLITIK

### (9) Aufgaben der KPCh für 1982

Die "Rote Fahne" veröffentlichte Mitte Dezember 1981 einen von der Redaktion gezeichneten Artikel über "Einige Fragen, denen gegenwärtig Aufmerksamkeit geschenkt werden muß" (HQ, 1981/24, S.2-7), in dem auf folgende sechs Themenbereiche eingegangen wird:

1. Was sind gegenwärtig und in Zukunft die grundlegendsten Aufgaben der Partei?

1.1. Entwicklung der Volkswirtschaft

1.2. Entwicklung einer geistigen Zivilisation

2. Was sind die Ziele für die Wirtschaftsentwicklung?

2.1. Quantitative und qualitative Steigerung der Produktion.

2.2. Steigerung des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes um über 4%.

2.3. Steigerung des industriellen Bruttoproduktionswertes um über 5%.

3. Worin besteht die angestrebte geistige Zivilisation des Sozialismus?

3.1. (bis 3.4.) Die genannten vier Zielsetzungen sind im Wortlauf identisch mit einem Kommentar der "Volkszeitung" vom 4. Dezember 1981 (siehe Übersicht "Geistige Zivilisation des Sozialismus", 'Fünf Gebote' und 'Vier gute Tugenden' in diesem Heft).

4. Was ist unter der Wiedererweckung des revolutionären Geistes zu verstehen?

4.1. Bei dieser Initiative des Zentralkomitees geht es dem Artikel zufolge vor allem um die Analyse und Lösung neuentstandener Probleme und die Entwicklung neuer Methoden hierfür. Hierzu müßten die Funktionäre wiederum ihr Bildungsniveau heben, und zwar nicht nur durch theoretisches Studium, sondern vor allem durch Weiterbildung in der Arbeitspraxis. Im Klartext heißt dies offenbar: Mehr Engagement für den neuen Kurs!

4.2. Zielgruppe dieser Forderung sind